

Gemeinsame Vision

[02.10.2024] Eine gemeinsame Vision für ein smartes Rhein-Main-Gebiet haben die Städte Frankfurt am Main, Wiesbaden und Darmstadt erarbeitet. Im Interview erklären die CIOs Eileen O’Sullivan, Maral Koohestanian und Holger Klötzner, was konkret geplant ist.

Frau O’Sullivan, Frau Koohestanian, Herr Klötzner, die Städte Frankfurt am Main, Wiesbaden und Darmstadt haben kürzlich ihre [Vision eines „Smarten Rhein Main 2030“ vorgestellt](#). Was hat Sie angetrieben?

Eileen O’Sullivan: Als Kommunen stehen wir alle drei vor großen Herausforderungen – diesen wollen wir uns gemeinsam stellen. Dabei geht es nicht nur darum, die Effizienz von Prozessen in den städtischen Verwaltungen zu steigern, sondern auch weiterhin die Daseinsvorsorge für unsere Bürgerinnen und Bürger sicherstellen zu können.

Holger Klötzner: In den kommenden zehn Jahren wechseln rund 30 Prozent der Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltungen in den Ruhestand – wir werden sie nicht vollständig durch qualifizierten Nachwuchs ersetzen können. Bleiben die Prozesse und Strukturen so, wie sie heute sind, werden wir perspektivisch deutlich weniger leisten können oder im schlimmsten Fall sogar handlungsunfähig werden. Mit digitalisierten Prozessen und Automatisierung können wir dem entgegenwirken.

Maral Koohestanian: Ob Klimakrise und die Anpassung an ihre Folgen oder die Schaffung eines rechtssicheren Rahmens für die Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) – mit weniger Personal müssen wir in den kommenden Jahren schneller, effizienter und innovativer arbeiten. Das erfordert pragmatische und ressourcenschonende Planungs- und Steuerungsprozesse. Städte müssen diejenigen Maßnahmen umsetzen, die jeweils den größten Effekt haben. Eine gemeinsame Vision trägt wesentlich dazu bei, diese Maßnahmen zu identifizieren und gemeinsam zeit- und kosteneffizient anzugehen.

Welche Vorteile versprechen Sie sich von der gemeinsamen Umsetzung im Rhein-Main-Dreieck?

Koohestanian: Mehr Geschwindigkeit bei der Transformation: Durch den Austausch von Best Practices, den Ausbau bei der Zusammenarbeit der Arbeitsebene und die Schaffung kollaborativer Formate der Zusammenarbeit können wir unsere Ressourcen maßgeblich schonen und so ganz simpel: einfach mehr machen.

O’Sullivan: Durch die Zusammenarbeit werden wir wegkommen von einzelnen Projekten, die zwar Leuchtturmcharakter haben, aber eben nur maßgeschneidert sind für eine Kommune. Bei den kommenden Projekten werden wir von Anfang an den Fokus auf Skalierung legen. Das bedeutet, dass wir uns eng austauschen, Strukturen kritisch hinterfragen und gemeinsame Lösungen erarbeiten, um nicht für jeden Prozess das Rad neu erfinden zu müssen. Das wirkt sich positiv auf die Qualität unserer digitalen Leistungen aus und sorgt gleichzeitig für eine höhere Standardisierung.

Klötzner: Ein besserer Einsatz unserer finanziellen Mittel. Eine Zusammenarbeit über Stadtgrenzen hinaus wird uns dazu befähigen, bessere Verträge auszuhandeln und insgesamt weniger Aufwand zu erzeugen.

Welche besonderen Stärken bringen Sie jeweils in die Kooperation ein?

Klötzner: Wir bringen insbesondere im Bereich der Prozessdigitalisierung in der Verwaltung Stärken mit, aber auch bei gesellschaftlichen Themen haben wir viele Erfahrungen gesammelt, die wir mit anderen Städten teilen möchten. Ein gutes Beispiel ist das digitale Rathaus, das zentral und übersichtlich die digitalen Services der Stadt darstellt. Auch unsere No-Code-Plattform zur schnellen Erstellung von Onlineprozessen durch die Mitarbeitenden ist ein Punkt, auf den wir stolz sind. An unseren Schulen sind wir zudem in den letzten Zügen zur Umsetzung einer umfassenden digitalen Infrastruktur, die zukünftige Lernformen besser ermöglichen soll.

„Durch den Ausbau unserer Zusammenarbeit können wir unsere Ressourcen maßgeblich schonen.“

Koohestanian: Bei den digitalen Bürgerservices sind wir Best Practice, unter anderem für den Einsatz des Videoident-Verfahrens als Alternative zur eID-Ausweisfunktion und für den Einsatz des Tools FeedbackNow, mit dem wir die Nutzungsfreundlichkeit unserer Bürgerservices kontinuierlich verbessern. Im Rahmen der Smart City Wiesbaden ist es zudem unser Ziel, eine umfassende Dateninfrastruktur aufzubauen, welche die Sammlung, Analyse und das Teilen hochwertiger Datensätze ermöglicht. Derzeit befindet sich das digitale Abbild Wiesbadens, der Digitale Zwilling, im Aufbau, aber auch die urbane Datenplattform, die Echtzeitdaten darstellt und die Open-Data-Plattform, mit der wir städtische Daten mit der Stadtgesellschaft teilen werden.

O'Sullivan: Im Rahmen eines Förderprojekts hat die Stadt Frankfurt ebenfalls einen Digitalen Zwilling und eine urbane Datenplattform etabliert. Gemeinsame Erweiterungen der Plattform und die gemeinsame Entwicklung von Use Cases sind sinnvoll. Mit „Frankfurt fragt mich“ bieten wir zudem schon seit Jahren eine Bürgerbeteiligungsplattform an, die sehr gut angenommen wird. Generell haben wir schon viel in unsere digitale Strategie und die Umsetzung von Projekten investiert: Vor Kurzem wurde beispielsweise die partizipativ entwickelte „Rahmenstrategie Digitalisierung“ im Magistrat verabschiedet. Außerdem setzen wir aktuell die Smart-City-Strategie um, die wir vor einigen Jahren entwickelt haben. Von diesen Erfahrungen können auch Wiesbaden und Darmstadt profitieren.

Was haben Sie im Hinblick auf Verwaltungsdigitalisierung und Smart City konkret geplant?

Klötzner: Im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung stehen die Zeichen ganz auf Standardisierung. In den vergangenen Jahren haben die öffentlichen Verwaltungen stark auf Insellösungen gesetzt. Man administrierte einen Großteil der Software selbst, stellte die entsprechenden Server bereit und war immer im Zwiespalt zwischen dem Betrieb und der Einführung von neuen Lösungen. Das ist kapazitär nicht mehr abzubilden, wir müssen insbesondere beim Betrieb deutlich mehr auf die Cloud vertrauen. Hierzu haben wir vor Kurzem eine Organisationsuntersuchung durchgeführt, um konkrete Projekte abzuleiten. Herausgekommen ist unter anderem, dass wir unsere bisherige On-premise-Domänenarchitektur grundlegend neu aufbauen und zu großen Teilen in die Cloud verlagern. Allein dieses Projekt wird in etwa zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen und insgesamt einen siebenstelligen Betrag kosten. Unser digitaler Reifegrad wird dabei deutlich steigen und wir erhalten eine solide Basis für Automatisierungslösungen.

O'Sullivan: Wenn wir die Verwaltung noch stärker digitalisieren, können wir die frei werdenden Ressourcen nutzen, um noch mehr Lösungen für unsere Bürger umzusetzen und die Einführung zu beschleunigen. Dazu gehört ganz konkret, dass wir zukünftig Termine auch per Videokonferenz anbieten oder durch die Zusammenarbeit mit den anderen Kommunen Prozesse digitalisieren und dadurch deutlich verschlanken können.

Koohestanian: Um resiliente Stadtstrukturen aufzubauen, sind Daten unabdingbar. Ganz konkret werden wir unter anderem gemeinsam hochwertige Datensätze festlegen, die dann von allen drei Kommunen der Stadtgesellschaft zur Verfügung gestellt werden.

Sie haben als Ziel ausgegeben, die drei Städte bis 2030 zu volldigitalen Leistungsanbietern zu entwickeln – wie kann dies erreicht werden?

O'Sullivan: In unserer gemeinsamen Vision nennen wir Bausteine, die für die Strategie und die Umsetzung eine wesentliche Rolle spielen, etwa den Baustein „Intelligente und datenbasierte Lösungsfindung“, um digitale Souveränität zu gewährleisten oder „Künstliche Intelligenz und Automatisierung von Verwaltungsprozessen“. Um zu erheben, welche Potenziale es für die Automatisierung von Prozessen gibt, werden wir im ersten Schritt die städtischen Mitarbeitenden einbeziehen.

Klötzner: Denn das Fachpersonal in den Ämtern versteht am besten, welche Herausforderungen und Bedarfe es bei bestehenden Prozessen gibt. Digitalaffine Mitarbeitende können mithilfe von No-Code-Lösungen die Digitalisierung von Vorgängen testen und diese dann zusammen mit den IT-Ämtern dauerhaft einführen.

„Wir legen den Fokus von Anfang an auf Skalierung, um nicht für jeden Prozess das Rad neu erfinden zu müssen.“

Koohestanian: Und: Wir müssen unsere Daten nutzen. Sensoren, Kameras und andere vernetzte Geräte sammeln ständig Echtzeitdaten – von Verkehrsströmen bis hin zu Umweltbedingungen –, um ein umfassendes Bild der städtischen Aktivitäten zu erstellen. Die erfassten Daten werden analysiert, um Muster zu erkennen, Prognosen zu erstellen und faktenbasierte Entscheidungen zu ermöglichen. Doch erst, wenn Daten in größerem Umfang verknüpft werden, kann eine smarte und gegebenenfalls KI-basierte Lösungsfindung zum Einsatz kommen.

Wie sehen die nächsten Schritte aus?

Koohestanian: Wir haben unser Vorgehen in drei Phasen gegliedert. Phase Nummer eins ist geprägt durch die operative Zusammenarbeit des Rhein-Main-Dreiecks, um Quick Wins umzusetzen. Der Mehrwert dieser Projekte ist klar ersichtlich und ihre Umsetzung lässt sich in einen konkreten Projektrahmen fassen.

Klötzner: Phase Nummer zwei beinhaltet die Entwicklung einer Strategie „Rhein-Main-Digital 2030“, die sich aus den strategischen Bausteinen der Vision speist und daraus einen Maßnahmenplan inklusive Verantwortlichkeiten für die konkrete Umsetzung von 2026 bis 2030 ableitet. Er soll mit einem Ressourcenplan verknüpft sein, der die notwendigen Investitionen finanzieller Art, aber auch die Personalkapazitäten für die Projekte ausweist.

O'Sullivan: In Phase Nummer drei und langfristig werden wir eine gemeinsame operative Einheit bilden. Diese wird die Umsetzung der Strategie, die in Phase zwei erarbeitet wurde, überwachen und sie weiterentwickeln.

Kann Ihre Kooperation ein Vorbild für andere Kommunen in Deutschland sein?

Koohestanian: Auf jeden Fall. Der Austausch erfolgt nicht nur auf politischer, sondern auch auf Arbeitsebene. Das ist nachhaltiger, denn die Vernetzung auf Arbeitsebene bleibt über Wahlperioden hinweg bestehen. Um interkommunalen Austausch und Zusammenarbeit insgesamt zu fördern und zu

erleichtern, wollen wir gemeinsam mit der hessischen Landesregierung eine Kollaborationsplattform für interkommunale Zusammenarbeit etablieren. Unsere Kooperation ist zudem offen für weitere interessierte Kommunen.

()

Stichwörter: Politik, Darmstadt, Frankfurt am Main, Wiesbaden